

Kurzfassung des Vortrags adaptiert aus:

Ott, Hermann E.: Internationale Klimapolitik 2020. Herausforderung für die deutsche (Umwelt-) Außenpolitik; Reihe „Kompass 2020“, Friedrich-Ebert-Stiftung (Berlin), Juli 2007, 20 Seiten.

Die ökologische Krise wird, im Verein mit der drohenden Ressourcenkrise, die Koordinaten der Außenpolitik unwiderruflich verändern. Alle Außenpolitik, so hatte es schon Willy Brandt in Anlehnung an eine Begriffsbildung Carl Friedrich von Weizsäckers gesagt, sei in Zukunft nichts anderes als Weltinnenpolitik. Denn so wie aufgrund der immer stärkeren ökonomischen Verflechtung die wirtschaftliche Autonomie der Staaten immer mehr eingeschränkt ist, so ist durch die ökologischen Herausforderungen die Grenze zwischen dem „Innen“ und dem „Außen“ aufgehoben: Umwelt- und Ressourcenkrisen bringen transnationale Gefährdungsketten hervor und werden ihrerseits über transnationale Wirkungsketten genährt.

Die daraus resultierenden Konflikte werden nur dann erfolgreich vermieden oder gelöst werden können, wenn sich die Außenpolitik als Biosphärenpolitik versteht. Es kann nicht länger in „nationalen“ Kategorien gedacht werden, denn eine internationale Klimapolitik ist unsinnig ohne nationale Minderungsmaßnahmen. Und das richtig verstandene „nationale Interesse“, das natürlich weiterhin Leitschnur des außenpolitischen Handels ist, umfasst heute über eine Vielzahl an Rückkoppelungs- und Kaskadenmechanismen das Wohlergehen aller Menschen auf diesem Planeten. In diesem Sinne ist nicht mehr das nationale Interesse der Bezugsrahmen der Außenpolitik, sondern das globale Gemeinwohl. Deshalb wird auch eine ökologisch orientierte Politik sich um die Befriedung internationaler sozialer Konflikte bemühen müssen.

Zuallererst bedarf es deshalb einer glaubwürdigen nationalen Klimapolitik. Nur wenn die Innen- und die Außenpolitik als eins gesehen werden, kann jede von ihnen erfolgreich sein. Das ist eine neue Qualität sowohl für die Außen- als auch die Innenpolitik. Wer im Bereich der Sicherheitspolitik Abschreckung betreiben will, muss zusehen, dass die militärischen Mittel im Innern auch bereitgestellt werden. Wer andere überzeugen will, dass Klimapolitik existenziell wichtig ist, muss diesem Ziel im nationalen Rahmen Vorrang einräumen. Dies ist deshalb die erste vertrauensbildende Maßnahme.

Diese Beschränkung schafft zudem Raum für die Entwicklung des Südens. Denn die internationalen Klimaverhandlungen werden, zweite vertrauensbildende Maßnahme, nur dann erfolgreich sein, wenn eine Bereitschaft der reichen Staaten des Nordens zum Teilen mit Anderen besteht. Das bedeutet, dass die etablierten Industrienationen ein wenig Raum schaffen müssen, damit andere wachsen können. Für die Politik heißt das, den Forderungen nach einem „weiter so“ der Energiewirtschaft nicht nachzugeben. Viel Raum zum Wachsen der Entwicklungsländer ist sowieso nicht mehr, denn zu viel Zeit wurde schon vertan. Doch geht es auch ums Prinzip. Und die Verhandlungsmacht der Schwellenländer ist stark: Sie brauchen im Grunde nur so weiterzumachen wie bisher, um eine katastrophale Entwicklung herbeizuführen. Dass der Klimawandel sie stärker beeinträchtigt als den Norden, das wird die Eliten dieser Staaten nicht unbedingt zum Umdenken bewegen – für sie hat die kurz- bis mittelfristige sozioökonomische Stabilität Vorrang. Das Angebot der EU, einseitig eine 20%ige Reduktion der Emissionen vorzunehmen, war der Beginn einer vertrauensbildenden Maßnahme. Um eine wirkliche Vorreiterrolle einzunehmen, müsste das Angebot auf 30%

aufgestockt werden – und das ist möglich, sogar ohne Atomenergie, wie ein Bericht des Wuppertal Instituts aufgezeigt hat.

Weil die Verhandlungsmacht von China, Indien und Brasilien so groß ist, wird der Norden auch, drittens, nicht herkommen um eine teilweise Finanzierung (incremental costs) der Klimaschutzmaßnahmen in diesen Staaten. Diese Kosten werden nicht astronomisch hoch, aber sie werden spürbar sein. Der Stern-Bericht schätzt die inkrementellen Kosten, also die Mehrkosten für den Wechsel zu kohlenstoffarmen Technologien in Entwicklungsländern auf mindestens \$20-30 Milliarden pro Jahr – und das ist vermutlich eine niedrige Schätzung. Allerdings fließen ja die aufgewendeten Mittel – wie bei der Entwicklungshilfe auch - zum Teil wieder zurück, wenn nämlich Technologien und Know-how in Deutschland und Europa eingekauft werden. Die Frage ist nur, wie lange es dauert, bis diese Einsicht in das Offensichtliche in die Verhandlungen durchsickert. Und ob dies früh genug geschieht, um die Beziehungen zwischen alten und neuen Industriestaaten nicht über Gebühr zu strapazieren. Es geht nicht darum, blauäugig und mit der Gießkanne Finanzmittel zu streuen. Sondern es geht darum, die eigenen Prioritäten für den Klimaschutz deutlich zu machen und ein Angebot zu unterbreiten, was der Norden bereit wäre zu übernehmen. Das Angebot einer Kostenbeteiligung für Minderungsmaßnahmen in Entwicklungsländern wäre ein starkes Signal.

Und viertens muss sich die Bereitschaft zum Teilen auch auf die Anpassung an den nicht mehr vermeidbaren Klimawandel erstrecken. Hier haben die Industriestaaten bisher nicht geblüht – zu spät und zu spärlich flossen die Mittel. Was tun mit 100 Millionen Menschen in Bangladesch, wenn die Fluten steigen? Was tun mit den Menschen auf den flachen Inseln des Pazifik, die wie Tuvalu schon Asyl bei Australien und Neuseeland beantragt haben? Wie reagieren auf die drohende globale Hungersnot, wenn das Klima verrückt spielt? Die Zusage einer verlässlichen, ausreichenden Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen wäre die vierte vertrauensbildende Maßnahme, ohne die Fortschritte nicht möglich sein werden.